



Pressemitteilung

Erfurt, 16.07.2025. **Der Kinderschutzbund Thüringen verweist in der Diskussion um eine Obergrenze von Grundschulkindern mit Migrationshintergrund klar auf die Aufgabe der Inklusion in der Schule.**

Die Debatte über eine Obergrenze bei Grundschulkindern mit Migrationshintergrund, die Bundesbildungsministerin Karin Prien (CDU) angestoßen hat, wirkt auf den Kinderschutzbund Thüringen verstörend. Neben der Ausgrenzung junger Menschen mit Migrationshintergrund in der Grundschule wird damit auch deutlich, dass das Thema Inklusion offensichtlich politisch keine Rolle spielt. Wenn der damit verbundene Auftrag richtig verstanden würde, dann gäbe es eine solche Aussage nicht, sondern eine Diskussion darüber, was Schüler und Schülerinnen benötigen, um gute Leistungen und einen guten Abschluss zu erlangen. Auch die im Thüringer Koalitionsvertrag vorgesehenen Sprachtest helfen alleine nicht damit die Kinder besser sprechen lernen.

In diesem Fall wären schnell die Themen deutlich, die unabhängig von Migration in Sachen Bildung junger Menschen dringend bearbeitet werden müssen, wie Fachkräfte-/Lehr*innenmangel, mehr Sozialarbeit, fehlende pädagogische Konzepte und Haltungen sowie die Beseitigung von segregierenden Strukturen im Bildungssystem.

Kinder mit anderen Sprachen haben mitunter einen höheren Förderbedarf. Diesen haben jedoch auch Kinder mit deutschen Sprachwurzeln. Die Lösung ist dabei nicht Ausgrenzung, sondern die Frage, wie können Kinder individuell so gefördert werden, dass alle ihre Stärken zum Tragen kommen und Schwächen bestmöglich ausgeglichen werden? Gute Sprachkompetenzen sind der Schlüssel für einen guten Schulabschluss und damit auch für den Einstieg ins Berufsleben. Dafür muss das Bildungssystem von Anfang an inklusiv aufgestellt werden, nicht ausgrenzend. Das beginnt bspw. mit der Verbesserung des Fachkräfteschlüssels in den Kindertageseinrichtungen und die finanziellen und personellen Ressourcen an den Schulen zu erhöhen.

Hintergrund der unterschiedlichen Belastung von Schulen ist zudem die Segregation von migrantischen Familien wie überhaupt Menschen mit wenig Einkommen in bestimmte Stadtteile. Das würde bedeuten bereits in der Bauplanung und Stadtentwicklung anders zu handeln, wie bspw. mehr sozialen Wohnungsbau in verschiedenen Stadtteilen zu fördern.